

Europa-Skeptiker gewinnen die Wahl in Griechenland

Die linkspopulistische Syriza Partei hat die Wahl in Griechenland klar für sich entschieden. Europas Politiker ringen nun um den richtigen Umgang mit den Wahlsiegern.



Abbildung: Griechenlands neuer Ministerpräsident Tsipras.

Als am vergangenen Sonntag erste Hochrechnungen zu den Wahlen in Griechenland veröffentlicht wurden, brach begeisterter Jubel unter den Anhängern der von Alexis Tsipras angeführten linkspopulistischen Syriza Partei aus. Zunächst schien es so, als würde das Linksbündnis alleine die absolute Mehrheit erreichen. Schnell stellte sich jedoch heraus, dass die Syriza Partei die hierfür benötigten 151 Sitze knapp verfehlt hatte und daher auf einen Koalitionspartner angewiesen war. Überraschenderweise einigten sich die Linkspopulisten schon am Montag mit den rechtspopulistischen "Unabhängigen Griechen" (Anexartiti Ellines, kurz ANEL) auf eine künftige Zusammenarbeit, sodass Tsipras noch am gleichen Tag als griechischer Ministerpräsident vereidigt werden konnte.

Überall in Europa bemühten sich Politiker, gelassen auf den von vielen erwarteten Wahlausgang zu reagieren. "Griechenland muss Europa respektieren", betonte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker am Donnerstag. In der Vergangenheit hatte Tsipras immer wieder einen Schuldenschnitt für Griechenland gefordert. Einen solchen Schuldenerlass "werden die anderen Länder der Eurozone nicht akzeptieren", so Juncker weiter. In Gesprächen mit dem EU-Kommissionspräsidenten habe Tsipras deutlich gemacht, dass er (Tsipras) sich "nicht als Gefahr, sondern als Herausforderung für Europa betrachte". Auch EZB-Direktor Benoît Coeuré forderte am Donnerstag in der italienischen Zeitung "Corriere della Sera": "Griechenland muss sich weiter an die Spielregeln halten: Wir sind eine Zweckgemeinschaft".

Der Wahlausgang hat bei vielen Beobachtern wieder die Sorge geweckt, dass Griechenland trotz der langsam einsetzenden wirtschaftlichen Erholung (2,7% Wachstum im vergangenen Jahr) die Eurozone und damit sogar die EU verlassen könnte. In der Tat scheinen Zugeständnisse an die Regierung in Athen derzeit politisch nur schwer durchsetzbar zu sein.

Wochenüberblick

Mo, 26.01.2015

Der Generalsekretär der OPEC, Abdullah Al-Badri, geht davon aus, dass die Ölpreise von derzeit "45 bis 55 Dollar [...] den Tiefpunkt erreicht haben". Ein baldiger Anstieg der Preise sei denkbar, allerdings werde Saudi-Arabien auch unter dem neuen Herrscher die Öl-Produktion nicht reduzieren.

Aufgrund des niedrigen Ölpreises gehen die Investitionen in den Förderstaaten zurück, was auch die exportorientierte deutsche Industrie trifft. In der vergangenen Woche veröffentlichte Daten des statistischen Bundesamtes zeigen, dass die Ausfuhren in die OPEC im November um 7% eingebrochen sind, für dieses Jahr rechnet man mit stagnierenden Exporten.

Di, 27.01.2015

Die chinesische Regierung sieht in der seit Jahren niedrigen Arbeitslosenquote eine wichtige Grundvoraussetzung für die innere Stabilität der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt. Im vergangenen Jahr wurden in China trotz des langsameren Wachstums etwa 13 Millionen neue Jobs geschaffen. In diesem Jahr sollen nach dem Willen der Regierung mindestens zehn Millionen weitere Stellen hinzukommen. Bei einer zu schnellen Abkühlung der Wirtschaft könne es zu einer erhöhten Arbeitslosigkeit kommen, so Ministerpräsident Li Keqiang. Seiner Meinung nach würde ein solcher Anstieg die soziale Stabilität des Landes gefährden.

Mi, 28.01.2015

Wie am Dienstag bekannt wurde, hat Apple im vergangenen Quartal einen Gewinn von rund 18 Milliarden Dollar erwirtschaftet und damit den bisherigen Rekord des russischen Energiekonzerns Gasprom aus dem Jahr 2011 (16,4 Milliarden Dollar) deutlich übertroffen. Die Reserven des Elektronikkonzerns belaufen sich damit auf etwa 178 Milliarden Dollar. Trotz massiver Zuwächse in China bleiben die USA weiterhin der wichtigste Absatzmarkt für Apple.

Der überraschend starke Anstieg des Gewinns (+38%) ist vor allem auf den Erfolg des neuen iPhones zurückzuführen. Im vergangenen Jahr konnte Apple weltweit 74,5 Millionen Geräte absetzen und damit die Schätzungen von Experten (66 Millionen) weit übertreffen.

(->weiter siehe nächste Seite)

Seit Jahren leidet Griechenland unter dem ständig wachsenden Schuldenberg, der inzwischen auf rund 175% des griechischen Bruttoinlandsproduktes gestiegen ist. Die Arbeitslosenquote liegt trotz der wirtschaftlichen Erholung bei 25%. Viele Griechen machen die von der deutschen Bundesregierung geforderte Sparpolitik für die wirtschaftliche Misere ihres Landes verantwortlich und verlangen daher eine Neuverhandlung der Sparauflagen. Umfangreiche Zugeständnisse könnten jedoch weitreichende Folgen haben.

Überall in Europa fürchten Regierungschefs den wachsenden Einfluss populistischer Parteien. Prognosen sagen beispielsweise voraus, dass die linkspopulistische Partei "Podemos" in Spanien bei den Wahlen in diesem Jahr ein gutes Ergebnis erzielen wird. Die Politiker etablierter Parteien wehren sich daher dagegen, dem Links-Rechts-Bündnis in Griechenland ökonomische Zugeständnisse zu machen, die dann wiederum den populistischen Parteien daheim Auftrieb geben könnten.

Einen Austritt Griechenlands aus der Eurozone halten Anleger heute laut einem Bericht der Nachrichtenagentur Reuters für unwahrscheinlich. Vielmehr scheinen kleine Zugeständnisse an die griechische Regierung eine realistische Lösung zu sein. So betonte Juncker, dass gewisse "Arrangements möglich" seien, ohne dies jedoch weiter zu spezifizieren.

Das neue griechische Kabinett bemühte sich zunächst, die Sorgen der anderen europäischen Regierungen zu zerstreuen. Man suche die Kooperation in der Schuldenfrage, nicht den Alleingang, sagte Tsipras dem SPD-Politiker Martin Schulz in der vergangenen Woche. Am Freitag kündigte dann Griechenlands Finanzminister Giannis Varoufakis überraschend die Kooperation mit der Troika. Allerdings betonte er gleichzeitig, dass Griechenland "weiterhin die äußerste Kooperation mit Vertretern des IWF und der Eurozone" suche.

Derzeit ist man in Brüssel unentschlossen, wie man mit dieser Provokation umgehen soll. In der nächsten Woche wird dort der griechische Ministerpräsident zu seinem ersten Besuch erwartet. Beobachter rechnen jedoch nicht damit, dass Brüssel Tsipras in der Schuldenfrage entgegenkommen wird.

Mi, 28.01.2015 (->Fortsetzung)

Der Umsatz in anderen Bereichen, wie den Tablet- und Macintosh-Computern, entwickelte sich hingegen deutlich schwächer.

Insgesamt haben derzeit viele etablierte Elektronikkonzerne, wie Samsung, mit der steigenden Konkurrenz im Niedrigpreissegment zu kämpfen. Apple rechnet für das kommende Jahr jedoch weiterhin mit einer positiven Entwicklung.

Do, 29.01.2015

Erstmals seit Jahren sind die Preise in Deutschland gefallen. Im Januar kosteten Waren und Dienstleistungen im Schnitt 0,3% weniger als im Jahr zuvor. Diese Entwicklung sei vor allem auf die fallenden Energiepreise zurückzuführen, so Experten. Die Gefahr einer anhaltenden Phase der Deflation sehen sie jedoch nicht. Vielmehr sei für dieses Jahr eine durchschnittliche Inflationsrate von einem Prozent wahrscheinlich.

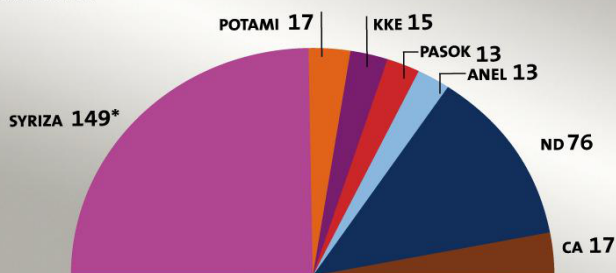
Fr, 30.01.2015

Die EU-Außenminister haben sich auf die Verlängerung der Wirtschaftssanktionen gegen Russland geeinigt. Auf eine Verschärfung der Maßnahmen wurde jedoch verzichtet. In den vergangenen Tagen hatte die Verunsicherung über Griechenlands Haltung zu den Sanktionen zugenommen. Noch vor seinem Amtsantritt hatte sich der jetzige Ministerpräsident Tsipras gegenüber einer russischen Zeitung dahingehend geäußert, dass die Sanktionen Europa schaden würden. Russlands Finanzminister hatte seinerseits betont, Finanzhilfen für Griechenland zu prüfen, sollte diese Bitte an Moskau herangetragen werden.

Griechenland verzichtete jedoch auf den Gebrauch des Vetos gegen die Sanktionen. Bundesaußenminister Steinmeier sagte nach dem Treffen, man habe den Streit "innerhalb einer Stunde" beilegen können. Auch Griechenlands Außenminister Kotzias bemühte sich, frühere Aussagen seiner Partei zu relativieren. Man sei "nicht gegen irgendwelche Sanktionen, [sondern] gegen neue Sanktionen".

Parlamentswahl in Griechenland 2015

SITZVERTEILUNG



*Die Partei mit höchster Stimmenzahl erhält 50 Sitze zusätzlich.
Vorläufiges amtliches Endergebnis 26.01.2015 Quelle: Griechisches Innenministerium

Quelle: heute.de